

# Fraktionsreport



Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

## Hilfe für Stargarder kommt – und: viel Wind ums Auto


Bericht aus der 37. Tagung der BVV

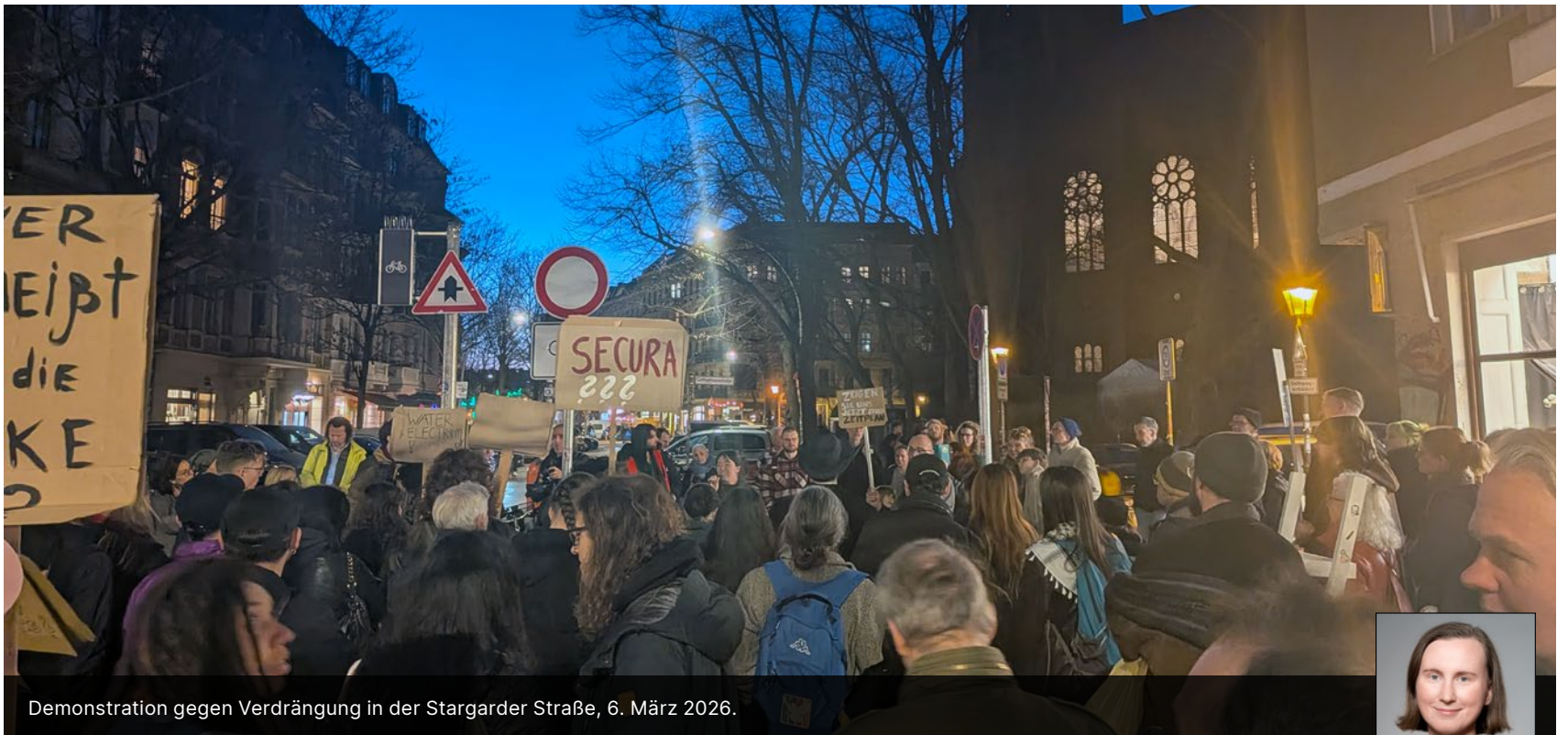
**A**m Abend des 4. März kam die BVV Pankow zu ihrer 37. Tagung in dieser Wahlperiode zusammen. Die Sitzung war gut besucht, unter anderem von den vom Kellerbrand in der Stargarder Straße betroffenen Mieter\*innen. Ihnen konnte in der Sitzung durch einen Antrag unserer Fraktion und von Bündnis 90/Die Grünen geholfen werden, nachdem der Versuch der CDU scheiterte, diese akute Notlage durch eine Ausschussüberweisung zu vertagen. Wir freuen uns über die breite Mehrheit und das starke Signal der Unterstützung für die Mieter\*innen. Mehr zum Kellerbrand in der Stargarder und seinen Folgen auf Seite 2 dieser Ausgabe.

Ein Tiefpunkt der Sitzung war das erneute Mauern des Bezirksamts beim Thema Hilfen zur Erziehung. Leistungen für stationäre Unterbringungen und ambulante Hilfen sind gesperrt, das heißt: Heimunterbringungen und Betreuungen in Akutsituationen werden gedeckelt. Finanziert wird erstmal nur, wer schon im System ist. Diese Leistungen sind allerdings feste Rechtsansprüche, die erbracht werden müssen, egal ob Pankow Geld hat oder nicht.

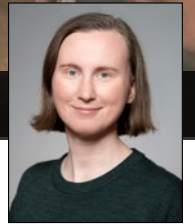
Das weiß auch das Bezirksamt. Deshalb gilt auch die Ansage: Wenn das Geld nicht reicht oder neue Fälle dazukommen, muss das Geld aus anderen Titeln des Jugendamtes genommen werden – also aus der Familienförderung oder den Kinder- und Jugendfreizeitzentren. Auf die Sperrung der Mittel angesprochen, zeigte sich Bezirksbürgermeisterin Dr. Cordelia Koch (Grüne) überrascht. Offenbar wusste sie nichts von ihrer eigenen Weisung. Jugendstadträtin Rona Tietje (SPD) wiegelte hingegen ab: Dies sei im Rahmen der Haushaltssperre „nichts Ungewöhnliches“. Die Träger müssten einfach einen zusätzlichen Antrag ausfüllen. Dabei pfeifen die Spatzen schon lange von den Dächern, dass das Fachpersonal im Jugendamt überlastet ist. Tietjes ausweichende Aussagen geben weiteren Grund zur Annahme, dass auch bei den vulnerabelsten Gruppen gekürzt wird.

Der nahende Wahlkampf war deutlich zu merken. Das ließ sich allein schon daran messen, wie häufig auf einmal die Verordneten der SPD den Namen ihres Direktkandidaten in Redebeiträge einfließen ließen. Der Preis für die größte

Wahlkampf-Nummer des Abends geht aber an die CDU für ihren Versuch, die BVV und das Bezirksamt per Antrag darauf zu verpflichten, sich gegen einen möglichen Volksentscheid „Berlin autofrei“ zu positionieren. Für uns ist klar, dass wir – unabhängig, was wir von Zielen und Maßnahmen des Volksbegehrens halten mögen – eine pauschale Positionierung gegen einen Volksentscheid als undemokratische Einflussnahme ablehnen. Wir freuen uns, dass die CDU trotz AfD-Stimmen für ihren Auto-Kulturkampf keine Mehrheit in der BVV fand. Ein weiteres Thema mit Strahlkraft war Olympia. Berlins Große Koalition strebt eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2036 an. Wir finden, dass unsere Stadt kein milliardenschweres Spektakel benötigt, während angeblich kein Geld für Schwimmbäder und Schulen da ist. Unser Antrag, Pankows Sportinfrastruktur vor olympischer Megalomanie zu schützen, scheiterte leider in der BVV, in der sich alle Parteien von CDU und AfD bis SPD und Grüne als Pro Olympia outeten. Wenigstens wissen wir jetzt, woran wir sind. Mehr zum Thema Olympia in Pankow auf Seite 3. 



Demonstration gegen Verdrängung in der Stargarder Straße, 6. März 2026.



Von Maria Bigos, Fraktionsvorsitzende

## Ein Haus. Ein Brand. Eine Verdrängungsgeschichte

Am 24. Januar brannte es im Keller eines Miethauses in der Stargarder Straße. Seitdem gibt es im gesamten Gebäude keinen Strom, kein Wasser und keine Heizung. Rund 120 Mieter\*innen wurden wohnungslos – mitten im Winter. Auch zwei alteingesessene Gewerbe sind geschlossen – Wiedereröffnung unklar. Die Reparaturmaßnahmen werden ständig verschoben. Die Begründung: Die Versicherung des Eigentümers übernehme die Kosten nicht. Vermieter sind aber grundsätzlich für die Instandhaltung ihrer Gebäude zuständig. Sie tragen auch etwaige Zusatzkosten, wenn durch Unbewohnbarkeit eine alternative Unterbringung notwendig ist. Ob die Versicherung des Vermieters diese Kosten erstattet, ist keine Frage, die auf die Mieter\*innen abgewälzt werden kann, sondern muss letzten Endes zwischen dem Vermieter und seiner Versicherung geklärt werden. Der Vermieter muss die Mietsache grundsätzlich im vertragsgemäßen Zustand erhalten und entstehende Mängel unverzüglich beseitigen. Mittlerweile aber nimmt das Gebäude Schaden. Durch den Heizungsausfall rinnt massenweise Kondenswasser die Wände herunter. Risse im Mauerwerk und großflächiger Schimmel sind vorprogrammiert.

Der Brandschaden könnte laut Bewohner\*innen schnell behoben werden. Die Ursache sei klar und das Ausmaß gering. Ein Kurzschluss in einem alten Kabel habe zum Brand geführt. Die Hausverwaltung aber sagt etwas anderes. Die Polizei ermittle wegen Brandstiftung: Anzeige gegen Unbekannt. Vielleicht, gegebenfalls und eventuell hat eine obdachlose Person hinter drei fest verschlossenen Türen, die offen gelassen wurden, den Kellerbrand ausgelöst. Eine zu einfach gestrickte Geschichte mit weitreichenden Folgen, die jedoch schon viel früher beginnt. 2022 kaufte ein Investor das Gebäude und begann umgehend mit Modernisierungen, die er auf die Mieten umlegte. Der Garten wurde in Terrassen unterteilt, Zäune gezogen und einzelnen Wohnungen im Erdgeschoss zugeschlagen. Balkone wurden ohne bestehenden Bedarf angebaut, energetische Sanierungen und notwendige Instandsetzungsmaßnahmen hingegen aufgeschoben. Letztlich hat ein Gutachter einen massiven Instandsetzungsbedarf bestätigt. Für die Mieter\*innen steht deshalb auch infrage, ob der Brand grundsätzlich hätte verhindert werden können. Das aber ist nur eine mögliche Interpretation und genau hier liegt die Crux. Solange unklar ist, was den Brand genau verursacht hat und vor allem wie groß der Schaden

tatsächlich ist, kann sich der Vermieter auf seine Erzählung zurückziehen. Die Abläufe bleiben unverständlich und es mangelt an einer zeitlichen Perspektive. Parallel tauchen Inserate für möblierte Wohnungen im selben Haus auf. Die Situation ist also keine einfache Hängepartie, sondern vermutlich eine Hinhaltenaktik, um Wohnraum für Spekulation frei zu machen. Einige der betroffenen Mieter\*innen haben befristete Mietverträge und bereits aufgegeben. Die Geschichte des Mietshauses in der Stargarder Straße ist somit ein weiteres Beispiel für Verdrängungsstrategien. Die Geschichte der Stargarder Straße ist aber auch eine Geschichte der Solidarität. Die Hausgemeinschaft steht eng zusammen, organisiert sich und schließt sich Bündnissen wie „Pankow gegen Verdrängung“ an. Sie teilen Informationen, organisieren Aktionen und bekommen Rückenwind aus Politik und Zivilgesellschaft. Auch der Verein „Pankow solidarisch e.V.“ – gegründet von unseren Genoss\*innen in der BVV – unterstützt die Mieter\*innen und hat eine fachtechnische Einschätzung finanziert, die hoffentlich feststellen kann, wie die Versorgung soweit wiederhergestellt werden kann, dass unsere Nachbar\*innen endlich in ihre Wohnungen zurückkehren können. ■

# Keine Olympischen Spiele in Berlin und Pankow

Für eine Sportpolitik im Interesse der Bürger\*innen

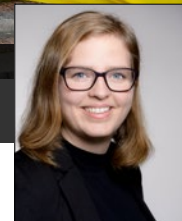
Im September wurde im Ausschuss für Schule und Sport erstmals vorgestellt, dass Berlin eine Bewerbung für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2036 oder 2040 prüft. Präsentiert wurden dabei auch mögliche Austragungsorte in Pankow – darunter der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, das Velodrom, Arkenberge und die Max-Schmeling-Halle. Die präsentierenden Vertreter\*innen des Senats sprachen von Modernisierung, internationaler Strahlkraft und Impulsen für den Sport. Wiederholt wurde betont, ein erheblicher Teil der Investitionen könne durch private Investor\*innen getragen werden. Konkrete, belastbare Aussagen zu Gesamtkosten, Risiken, tatsächlicher Nutzung durch Bürger\*innen und möglicher Entlastung der öffentlichen Haushalte blieben jedoch offen.

Der Widerstand gegen eine Olympiabewerbung beschränkt sich längst nicht auf unseren – berlinweit wächst die Kritik deutlich. Initiativen sowie engagierte Bürger\*innen bereiten bereits Unterschriftensammlungen vor, um ein klares Signal gegen die Bewerbung zu setzen. Sie fordern Transparenz und eine ehrliche Debatte über unsere Prioritäten: Milliarden für ein Großereignis – oder gezielte Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und Breitensport? Für uns ist klar: Eine Olympiabewerbung verschiebt den Fokus weg von den realen Bedarfen im Bezirk. Pankow steht vor erheblichen Herausforderungen im Breiten-, Schul- und Vereinssport. Sporthallen sind überlastet oder saniierungsbedürftig, Hallenzeiten sind knapp, Schwimmkapazitäten fehlen. Schulen benötigen verlässliche Bedingungen für den Sportunterricht, Sportvereine ausreichende Trainingsflächen. Diese Defizite lassen sich nicht durch ein Großprojekt beheben – vielmehr müssen genau sie im Zentrum politischer Prioritätensetzung stehen. Auch die internationale Erfahrung mahnt zur Vorsicht. Die „Oxford Olympics Study 2024“ zeigt: Seit 1992 waren die Kosten für Olympische Sommerspiele im Schnitt mehr als doppelt so hoch wie angesetzt. Selbst wenn Teile der Organisation über das IOC refinanziert werden, verbleiben Ausgaben für Infrastruktur, Sicherheit und Bauwerke bei der öffentlichen Hand.

Zudem sind die versprochenen Effekte auf Wirtschaft und Breitensport wissenschaft-



NOlympia-Kundgebung am Neptunbrunnen 2014. Auch damals formierte sich breiter Widerstand gegen eine Olympia-Bewerbung Berlins. Foto: Uwe Hirsch.



Von Dr. Jaana Stiller, sportpolitische Sprecherin

lich nicht eindeutig belegt. Eine Studie des ifo Instituts aus dem Jahr 2024 kommt zu dem Ergebnis, dass sportliche Großereignisse – wenn überhaupt – nur begrenzte und selten nachhaltige wirtschaftliche Impulse auslösen. Auch ein dauerhafter Motivationschub für den Breiten- und Vereinssport ist nicht nachweisbar. Besonders kritisch sehen wir die politische Schwerpunktsetzung. Eine Bewerbung bedeutet, Planungen, Ressourcen und Aufmerksamkeit an internationalen Normen auszurichten: Stadionkapazitäten, Sicherheitskonzepte, Vermarktungsinteressen. Damit verschiebt sich die Perspektive von Gemeinwohlorientierung zu Großeventlogik.

Für den sich aktuell im Umbau befindenden Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark würde eine olympische Einbindung zusätzlichen Zeitdruck und funktionale Anpassungen bedeuten. Statt langfristig bedarfsge-rechter Lösungen für Schüler\*innen, Vereinsmitglieder und Freizeitsportler\*innen droht die Orientierung an internationalen

Wettkampfvorgaben. Auch das Argument umfangreicher privater Finanzierung überzeugt uns nicht. Private Investitionen sind immer an Renditeerwartungen gebunden. Risiken und Folgekosten verbleiben erfahrungsgemäß dennoch bei der öffentlichen Hand – insbesondere bei Infrastruktur und Betrieb. Hinzu kommen soziale und ökologische Aspekte: zusätzlicher Flächendruck, Verkehrsbelastung und Energieverbrauch. In einer wachsenden Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt und begrenzten Haushaltsmitteln halten wir es für nicht verantwortbar, Milliardenrisiken für ein einmaliges Großereignis einzugehen.

Für uns haben die Sanierung von Schulen und Sporthallen, wohnortnahe Bewegungsangebote, barrierefreie Anlagen und verlässliche Strukturen für den Vereins- und Freizeitsport Priorität. Pankow braucht keine Olympischen Spiele. Pankow braucht verlässliche Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und gemeinwohlorientierten Sport.



### Keine Olympischen Spiele in Berlin und Pankow – Priorität für unseren Bezirk

Olympische Spiele bergen enorme Kostenrisiken und binden finanzielle wie planerische Ressourcen, die Berlin und die Bezirke dringend an anderer Stelle benötigen. Angesichts der angespannten Haushaltslage wäre eine Bewerbung das falsche Signal. Wir fordern daher, dass sich Pankow klar gegen eine Bewerbung ausspricht. Das Bezirksamt soll keine Zuarbeiten leisten und sich nicht an Kampagnen beteiligen. Zudem dürfen Pankower Sportstätten wie der Jahn-Sportpark, die Max-Schmeling-Halle oder das Velodrom nicht für olympische Planungen herangezogen werden. Stattdessen müssen Sanierung und Ausbau der Sportinfrastruktur für Schul-, Vereins- und Freizeitsport oberste Priorität haben. Pankow braucht verlässliche Hallenzeiten – keine Olympia-Träume (Drucksache IX-1344).



### Kellerbrand Stargarder Straße – Mieter\*innen schützen, Rückkehr ermöglichen

Wir fordern das Bezirksamt auf, Eigentümer und Hausverwaltung zur unverzüglichen Reparatur des Brandschadens in der Stargarder Straße 73 zu bewegen und die Wiederherstellung von Strom- und Gasversorgung sicherzustellen. Informationen zur Instandsetzung müssen transparent, allgemeinverständlich und mit klarer Zeitschiene an die betroffene Hausgemeinschaft kommuniziert werden. Zudem soll geprüft werden, ob eine Zweckentfremdung von Wohnraum oder unzulässige Nutzungsänderungen vorliegen und ob die angekündigte um-

fassende Sanierung tatsächlich notwendig ist oder die Rückkehr der Mieter\*innen unverhältnismäßig verzögert. Darüber hinaus soll das Bezirksamt den Schaden bei einem Vor-Ort-Termin selbst begutachten und offene Haftungs- und Zuständigkeitsfragen klären. Besteht eine Verdrängungssituation, müssen wirksame Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Die betroffenen Mieter\*innen sollen aktiv bei der Durchsetzung ihrer Rechte unterstützt werden – notfalls durch eine kurzfristige personelle Verstärkung der Wohnungsaufsicht. Niemand darf durch Verzögerungstaktiken sein Zuhause verlieren (Drucksache IX-1345).



### Wahlrecht stärken – Politische Teilhabe für obdachlose Menschen ermöglichen

Auch obdach- und wohnungslose Menschen haben ein Recht auf politische Mitbestimmung. In der Praxis scheitert die Wahlteilnahme jedoch oft an fehlender Meldeadresse, bürokratischen Hürden oder fehlenden Ausweisdokumenten. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Wir fordern das Bezirksamt auf, niedrigschwellig über die Möglichkeiten der Wahlteilnahme zu informieren und gemeinsam mit Trägern der Wohnungslosenhilfe praktische Unterstützung bei der Eintragung ins Wählerverzeichnis anzubieten. Sammelanträge durch soziale Einrichtungen sollen ausdrücklich ermöglicht und vereinfacht werden. Zudem sollen Betroffene bei der Neuausstellung von Personaldokumenten unterstützt und besser an bestehende Hilfesysteme angebunden werden. Demokratie darf nicht an einer fehlenden Adresse scheitern. Wer hier lebt, soll auch mitentscheiden können (Drucksache IX-1346).

### Der Druck auf die Gewobag wirkt

Von Stefan Jagla,  
Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Auf die gut besuchte Mieterversammlung im Mühlenviertel Anfang des Jahres folgend, organisierten wir am 5. Februar und am 5. März kostenlose Mietrechtsberatungen für die Mieterinnen und Mieter der Gewobag. In der KulturMarktHalle nahm sich die erfahrene Mietrechtsanwältin Carola Handwerk Zeit für die Sorgen und Fragen der Anwesenden. In kleinen Tischgruppen konnten die individuellen Probleme mit der Gewobag ausführlich besprochen werden.

Auffällig war: Nur wenige der Anwesenden waren bereits bei der Mieterversammlung dabei gewesen. Die meisten sind über unsere Flyer auf das Angebot aufmerksam geworden. Das zeigt uns, dass der Bedarf für individuelle Beratung weiterhin gegeben ist – auch wenn sich die geschilderten Probleme ähneln: teils

gravierende Mängel in den Wohnungen, ausbleibende Reaktionen der Hausverwaltung. Besonders gut angenommen wurden die vorbereiteten Informationsblätter und Musterbriefe zur Mietminderung. Auch wenn wir nicht jede Frage sofort abschließend klären konnten, gaben diese vielen eine Orientierung, wie sie ihre Rechte gegenüber der Gewobag geltend machen können.

Unterdessen zeigt sich, dass der aufgebaute Druck wirkt! Von Bewohner\*innen einiger Gewobag-Häuser wurde uns berichtet, dass sie Briefe bekommen haben, in denen sich die Wohnungsbaugesellschaft entschuldigt und Besserung gelobt hat und sogar Blumen verschenkte. Aber auch konkret tut sich was: Die seit langer Zeit defekte Klingelanlage in einem Haus wurde kürzlich repariert.

Wir bleiben dran – und wir lassen die Mieterinnen und Mieter im Mühlenviertel mit ihren Problemen nicht allein.

### So treten Sie mit uns in Kontakt

**Die Linke**

Fraktion in der BVV Pankow

#### Besuchen Sie unsere Bürger\*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro  
Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109  
10405 Berlin

#### Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an [kontakt@linksfraktion-pankow.de](mailto:kontakt@linksfraktion-pankow.de) oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher\*innen.



In unseren thematischen **Arbeitsgruppen** können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:



Kennen Sie schon unseren **Newsletter**? Hier können Sie ihn abonnieren:



### Folgen Sie uns auf Social Media:



[www.linksfraktion-pankow.de](http://www.linksfraktion-pankow.de)

### Herausgeber:

**Linksfraktion in der BVV Pankow**

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73

[kontakt@linksfraktion-pankow.de](mailto:kontakt@linksfraktion-pankow.de)

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im April 2026.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.